

DÜSSELDORF AKTUELL

Bürgerentscheid: Kampf um Kö-Bogen beginnt

Die CDU will gar nicht, die FDP erst nach Ostern –, aber die Ja-Sager stellen ab Samstag ihre Plakate in der Stadt auf.

Düsseldorf. Nach dem (zweiten) Bürgerentscheid ist vor dem (dritten) Bürgerentscheid. Nachzulesen ist das ab morgen Mittag, denn dann beginnen die ersten Parteien und die Bürgerinitiative „Der Jan-Wellem-Platz gehört uns allen!“ damit, ihre Plakate in der Stadt aufzustellen. Stellen, denn aufhängen dürfen sie die Pappe nicht mehr. So oder so lautet die simple Botschaft für die komplizierte Frage des Entscheids: Wer gegen den Verkauf des Grundstücks auf dem Platz ist, stimmt mit Ja (dann verbleibt es im Besitz der Stadt), wer dafür ist, macht sein Kreuzchen bei Nein.

„Thema eignet sich nicht“: Die CDU will keine Plakate aufstellen

1127 Plakate darf die Bürgerinitiative aufstellen, genau so viel wie die stärkste Partei im Rat, die CDU. Die allerdings hat gar nicht erst vor, welche in der Stadt zu verteilen. „Wieso sollten wir das machen“, fragt Gerd Ozimek, Kreisgeschäftsführer der Partei, und gibt sich die Antwort gleich selbst: „Das Thema eignet sich nicht für eine Plakataktion.“ Infozettel und -stände müssen den Parteianhängern reichen, damit sie am 13. April mit Nein stimmen.

Je nach Wahlergebnis gibt es eine bestimmte Anzahl Plakate

Mehr zum Thema

[Werden Sie im April beim Bürgerentscheid mitstimmen?](#)

Gisela Dapprich, Rechtsanwältin der Bürgerinitiative, vermutet freilich andere Gründe. „Die machen das, damit wir weniger Plakate aufhängen dürfen!“ Deren Anzahl ist auf 4600 begrenzt – die Parteien bekommen je nach Stimmenzahl bei der letzten Kommunalwahl eine bestimmte Anzahl zugeteilt. „Auch das ist so nicht in Ordnung“, meint Dapprich. „Laut Gesetz muss nämlich jede im Bundestag vertretene Partei mindestens die Hälfte der Plakate der größten Partei aufhängen dürfen.“ Was bei 1127 Papptafeln der CDU knapp 600 Stück je Partei machte – auch für kleine Ratsgruppen von Linkspartei und Düsseldorfer Bündnis, die laut Presseamt je 225 Plakate aufhängen dürfen.

Die Liberalen (563 Plakate mit der Empfehlung Nein) haben gestern ihren Antrag für Schilderaktionen gestellt und hoffen auf eine schnelle Entscheidung. (Die Bürgerinitiative fühlt sich in diesem Punkt schlecht behandelt, weil sie auf eine Genehmigung zwei Wochen warten musste. Dapprich: „Ich habe für das Hickhack nur ein Wort übrig: Kindergarten.“)

Wobei die FDP erst nach Ostern die Tafeln aufstellen will. „Wir werden einen Abstimmungswahlkampf vom Feinsten führen“, freut sich der Fraktionsgeschäftsführer Manfred Neuenhaus. Während Sturmtiefchen Kirsten vorgestern über Düsseldorf pfiß, musste ein Fotograf aufs Dreischeidenhaus, um ein entsprechendes Motiv zu erstellen. Die SPD darf 768 Plakate mit der Empfehlung Ja in der Stadt unterbringen und will laut Geschäftsführer Günter Freitag noch am Wochenende damit beginnen. Wobei der Mann sich wundert, dass er „noch kein offizielles Schreiben von der Stadt bekommen hat“.

Grüne und Bürgerbegehre zeigen dasselbe Plakatmotiv

Für die Grünen („Stimmen Sie mit Ja“) wird es morgen ab 14 Uhr Ernst. Ratsfrau Clara Deilmann und einige Helfer beginnen dann, ihre Plakate an- und unterzubringen. Übrigens ist darauf dasselbe Motiv zu sehen wie bei denen der Bürgerinitiative.

14.03.2008

Von Olaf Steinacker

DÜSSELDORF AKTUELL

Wellem-Platz: Das Begehren ist zulässig

Das Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Grundstücke auf dem Jan-Wellem-Platz ist zulässig. Das stellt die Verwaltung in einer Vorlage für den Stadtrat am 7. Februar fest.

Düsseldorf. Das Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Grundstücke auf dem Jan-Wellem-Platz ist zulässig. Das stellt die Verwaltung in einer Vorlage für den Stadtrat am 7. Februar fest. Demnach hat die Bürgerinitiative 16759 Unterschriften eingereicht, davon waren 14017 gültig.

Die 2742 anderen wurden beanstandet, weil Angaben fehlten, unleserlich waren oder die Unterzeichner nicht in Düsseldorf wahlberechtigt sind. Das nötige Quorum für ein Bürgerbegehren hat die Initiative nur knapp erfüllt: 13689 Unterschriften waren nötig.

Die Verwaltung empfiehlt den Politikern aber nicht nur, die Zulässigkeit festzustellen, sondern auch, das Begehren inhaltlich abzulehnen. Dies werden CDU und FDP wohl auch so tun. Folge wäre ein Bürgerentscheid über die Frage.

Der Verkauf der Grundstücke auf dem Jan-Wellem-Platz ist Bestandteil des Projektes „Kö-Bogen“, Ziel ist die Anbindung der Kö an den Hofgarten.

30.01.2008
RS

KÖ-BOGEN

Stadtrat kippt Tausendfüßler

Der Grundsatzbeschluss für den Kö-Bogen und der Etat 2008 wurden am Donnerstag von CDU und FDP durchgesetzt.

Düsseldorf. Neun Stunden dauerte es am Donnerstag, dann war der Haushalt 2008 endlich vom Stadtrat beschlossen. Um 18.02 Uhr verabschiedeten CDU und FDP den erneut ausgeglichenen Etat. Doch auch sonst gab es jede Menge Diskussionsstoff:

Kö-Bogen

Kein Gehör fanden die Bürger, die sich am Donnerstag beim WZ-Mobil gegen den Abriss des Tausendfüßlers aussprachen. Die Mehrheit von CDU/FDP setzte den Grundsatzbeschluss für das umstrittene Jahrhundertprojekt Kö-Bogen durch. Dabei geht es vorrangig um die Verkehrsplanung, die mehrere Tunnel sowie den Abriss der Hochstraße vorsieht. Grob geschätzte Gesamtkosten: 221 Millionen Euro, jährliche Folgekosten: 17,2 Millionen.

Für die CDU verteidigte Alexander Fils die Vorlage: „Der Tausendfüßler ist ein Fremdkörper im Herzen der Stadt und außerdem sanierungsbedürftig. Wenn er fällt, können wir die Oberfläche besser gestalten.“ Auch die CDU sei sehr für einen städtebaulichen Wettbewerb, aber für einen mit Vorgaben: „Und dazu gehört der Abriss der Hochstraße“, sagte Fils.

Scharfe Kritik übte die Opposition. „Die Sache ist völlig unausgegoren“, wettete Rudolf Halberstadt (SPD), er sprach von einem „Tiefpunkt der Planungskultur“. SPD-Verkehrsexperte Rolf-Jürgen Bräer sprach von „abenteuerlichen Kostenkalkulationen“ („da kommt nicht 221 Millionen plus X, sondern plus XL raus“), Clara Deilmann (Grüne) bemängelte Eile und mangelnde Bürgerbeteiligung: „Es ist schade, dass es nur eine Chance gibt, dieses Verfahren aufzuhalten – per Bürgerbegehren.“

Die FDP versicherte erneut, es würden vor einem Bürgerentscheid keine unumkehrbaren Tatsachen geschaffen. „Wir werden die Ausschreibung zum Grundstücksverkauf Jan-Wellem-Platz vorher nicht beschließen“, sagte Marie-Agnes Strack-Zimmermann. So geschah es: Am späten Abend wurde die Ausschreibung vertagt. Ob es einen Bürgerentscheid gibt, entscheidet sich am 1. Februar.

Als Kontrollgremium wurde eine „Kleine Kommission“ eingerichtet – doch die besteht nur aus CDU- und FDP-Vertretern. Denn SPD und Grüne weigerten sich, „einer sinnlosen Alibi-Runde“ beizutreten.

Schuldenbremse

Keine qualifizierte Mehrheit fand Oberbürgermeister Erwin für den Einbau einer „Schuldenbremse“ in der Hauptsatzung der Stadt. Weil sich die FDP enthielt, stand die CDU alleine da. Erwin war sauer: „Ein Eigentümer der FDP. Sich bei einer so wichtigen Maßnahme zu enthalten, spricht für sich.“ Zwar werde die Stadt auch in den nächsten Jahren ihr Vermögen erhöhen, so Erwin, aber: „Wir bräuchten ein langfristiges Instrument, um manche Tollheiten der Politik auf der Ausgabenseite zu stoppen.“ SPD, Grüne und FDP kritisierten das vorgeschlagene Verfahren als wirkungslos.

Victoria/Golzheimer Friedhof

Zunächst akzeptierte der Rat einstimmig die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gegen den Parkplatzverkauf an der Fischerstraße. Sodann setzte die schwarz-gelbe Mehrheit durch, dass der Rat dem Begehren nicht folgt.

Es kommt also wohl im März zum Bürgerentscheid. Den konkreten Zeitplan will Erwin heute vorlegen. Der OB bestätigte, dass das Grundstück noch nicht endgültig der Victoria gehört: „Es gibt noch keine Eigentumsumschreibung.“

Abgesegnet wurde die Gründung einer gemeinsamen Stiftung von Stadt und Victoria für das „Park- und Kulturdenkmal Golzheimer Friedhof“. Erwin versicherte, diese Stiftung hänge nicht davon ab, ob die Victoria ihre Erweiterung bauen kann.

Dezernentin Stulgies vereidigt

Zu Beginn der Marathon-Sitzung wurde Helga Stulgies als neue Beigeordnete für Umwelt und Verbraucherschutz vereidigt. Erwin, der Stulgies bislang mit Missachtung strafte, kündigte indirekt ein baldiges Gespräch an.

14.12.2007

Von Alexander Schulte

Düsseldorf. Aus dem Protest gegen das Großprojekt Kö-Bogen ist nun ein Bürgerbegehren geworden: Gestern Nachmittag begann unter dem Titel „Der Jan-Wellem-Platz gehört uns allen“ ebendort die Sammlung von Unterschriften. Rund 13 600 (drei Prozent der Wahlberechtigten) müssen zusammenkommen. Bis wann, ist offen – denn einen formellen Ratsbeschluss zum Verkauf des Grundstücks gibt es noch gar nicht.

Zur Formulierung der Frage, die zu einem Bürgerentscheid führen soll, haben die Initiatoren um Adolf Nitsch, den Vorsitzenden des Vereins für Denkmalpflege, Ex-SPD-Chefin Brigitte Speth und Stadtplaner Jörg Forßmann, Juristen bemüht. Entsprechend Sperriges ist herausgekommen: „Soll das Grundstück Jan-Wellem-Platz in unbeschränktem Eigentum und unmittelbarem Besitz der Stadt Düsseldorf verbleiben?“ lautet die Kurzversion. „Wir müssen uns gezielt gegen den Grundstücksverkauf wenden, damit das Bürgerbegehren zulässig ist“, erklärt Speth.

Es geht darum, Erwins Projekt Kö-Bogen zu stoppen

Mehr zum Thema

□ [Ist ein Bürgerbegehren gegen den Kö-Bogen berechtigt?](#)

Ob das die Bürger auf die Barrikaden treibt, bleibt abzuwarten. Schließlich bietet der Jan-Wellem-Platz seit langem ein trostloses Bild, deutliche Veränderungen wünschen sich auch die „Bürgerbegehrer“. Sie sind freilich sicher, das Quorum von 13 600 Unterschriften locker zu erreichen. Mit Flyern, Info-Veranstaltungen und -Ständen wollen sie klar machen, dass es darum geht, das ganze Projekt Kö-Bogen, wie es OB Erwin will, zu stoppen. „Die bisherigen Pläne der Stadt sind Stückwerk, es gibt kein vernünftiges Gesamtkonzept für das Herzstück der Stadt“, wettet Forßmann. Anstatt den Jan-Wellem-Platz für zwei klobige Riesenbauten an die Trinkaus-Bank zu verscherbeln, müsste eine Planung mit städtebaulichem Wettbewerb und Bürgerbeteiligung dafür sorgen, die öffentliche Aufenthaltsqualität zwischen Shadowstraße, Berliner Allee und Hofgarten zu erhöhen.

Strategisch fußt das Bürgerbegehren auf den Unterstützern aus dem Forum Kö-Bogen und den drei Parteien SPD, Grüne und Linke. Was die Initiatoren selbst genau wollen, bleibt nebulös. Forßmann: „Es ist nicht unsere Aufgabe, detaillierte Alternativpläne zu erstellen.“

In Düsseldorf sind Bürgerbegehren keine Rarität mehr. Victoria-Erweiterung: Hier kämpft eine Bürgerinitiative seit Monaten gegen den Erweiterungsbau der Victoria am Golzheimer Friedhof. Im September erklärte der Stadtrat mit der Mehrheit von CDU und FDP zwar ein Bürgerbegehren für unzulässig. Doch die Initiative gibt nicht auf, legte Widerspruch ein und setzt nun darauf, dass der Widerspruch aufschiebende Wirkung hat, bis er rechtlich geklärt ist. Stadtwerke-Verkauf: Das bislang einzige erfolgreiche Bürgerbegehren samt Bürgerentscheid erfolgte im Mai 2001: Der von OB Erwin CDU und FDP avisierte Mehrheitsverkauf der Stadtwerke an EnBW fiel beim Volk mit Pauken und Trompeten durch. Doch die Freude der Stadtwerker währte nur vier Jahre. Ende 2005 trickste sie Erwin aus, er zog die „Put-Optionen“ und verkaufte doch noch die Anteilsmehrheit der Stadt an EnBW. Dagegen war kein Bürgerbegehren mehr möglich. „Unvollendete“ Bürgerbegehren:

Angemeldete, aber von vorneherein gescheiterte oder überflüssig gewordene Initiativen gab es ansonsten gegen die Düsseldorfer Olympia-Bewerbung, die Aufkantung der Gleise an der Münsterstraße, gegen Tiefgaragen (u.a. am Fürstenplatz) und gegen den Fernbusbahnhof am Südpark. Gegen den wurden über 15 000 Unterschriften gesammelt, daraufhin gab die Ratsmehrheit von sich aus klein bei. 2004 platzte ein Bürgerbegehren gegen den Bau der Bilker Arcaden, weil gegen die Bauleitplanung einer Stadt prinzipiell keines zulässig ist.

Kö-Bogen verkommt zum Zankapfel

Kommentar

uwe-jens.ruhnau@westdeutsche-zeitung.de

Der Bürger ist bei Politikern vor allem vor Wahlen beliebt. Da werden ihm Geschenke gemacht, es häufen sich die Einweihungen und Eröffnungen. Natürlich gibt es auch viele Versprechungen für die Zeit nach dem Urnengang, an dem doch bitte das Kreuzchen an der richtigen Stelle gemacht wird. Zwischen den Wahlen hingegen möge sich der Bürger bitte – außer dem Applaus bei Eröffnungen und Eröffnungen – mit Meinungsäußerungen zurückhalten. Vor allem Bürgerbegehren sind verzichtbar, denn die stören das politische Geschäft nur. Die Beispiele für diese Doktrin reichen in in Düsseldorf vom Kampf gegen Gleise an der Münsterstraße bis hin zur Victoria-Erweiterung. Der Bürgerwille wurde und wird am Ende auf dem juristischen Seziertisch zerstückelt – bis als Produkt die Demokratieverdrossenheit übrigbleibt.

Das ungeliebte Kapitel „Bürgerbeteiligung“ wird nun fortgesetzt. Der Kö-Bogen – im Kern der Kritiker ist das nur die Bebauung des Jan-Wellem-Platzes – gerät ins Visier. Hinter der Initiative stecken engagierte Bürger aus dem Denkmalschutz, aber natürlich viele Aktive aus der Ratsopposition oder deren Umfeld. Alle sind gegen Erwin und die CDU.

Diese Zuspitzung ist schade, denn tatsächlich ist der Kö-Bogen ein Baustein zur Neuerfindung der Düsseldorfer Innenstadt mit einer besseren Shadowstraße, einem größeren Hofgarten und dem Verschwinden des Schandflecks Wellem-Platz. Der Widerstand ist jedoch deswegen so groß, weil das Planverfahren nur scheinbar transparent und fachlich unangreifbar war. Eine Fassadenschau im Info-Zelt ersetzt keinen Architektenwettbewerb, die Baumasse wirkt zu groß. Zudem droht die komplizierte neue Ausschreibungspflicht das Projekt zu verzögern. Die Riesen-Chance Kö-Bogen verkommt so zum Zankapfel – nun ist die Frage, wie lange die Trinkaus-Bank als Investor im Boot bleibt. Springt sie ab, werden die Karten ohnehin neu gemischt.

06.10.2007

Von Alexander Schulte

KÖ-BOGEN

Soll und Haben

Um den Verkehr unter die Erde zu bekommen, wird anderswo neuer verursacht.

Düsseldorf. Die Vision klingt so schön: Eine kreuzungsfreie Verbindung von Kö und Hofgarten, Blechlawinen unter der Erde, ein neu gestalteter Shadowplatz und und und. Doch um diese Vision zu realisieren, müssen die Düsseldorfer viele Kröten schlucken – das zeigte die Vorstellung des Verkehrskonzeptes am Mittwoch im Rathaus. Wie die WZ berichtete, waren viele Politiker nicht überzeugt von dem, was dort präsentiert wurde. Denn es zeigte sich, dass – um den Verkehr rund um den Jan-Wellem-Platz unter die Erde zu verbannen – an anderen Stellen der Innenstadt neuer Verkehr erzeugt wird.

Beispiel Shadowstraße: Derzeit fahren dort täglich 9600 Fahrzeuge, laut Prognose sind es nach Bau des Kö-Bogens in der großen Variante (also mit Tieferlegung des Tausendfüßlers) nur noch 4400. Die anderen 5200 Autos kurven, weil es keine Direktverbindung mehr von der Shadowstraße in die Altstadt geben soll, über große Umwege durch die Innenstadt: 2000 über Ost- und Immermannstraße, 1000 über Jacobi- und Jägerhofstraße. Wo die restlichen 2200 Fahrzeuge bleiben, darüber kann die Verwaltung keine Auskunft geben.

Um die zusätzlichen Fahrzeugmassen bewältigen zu können, müssen mehrere Kreuzungen in der Innenstadt ausgebaut werden, etwa Immermann-/Oststraße und Jacobi-/Jägerhofstraße.

Auf der Trinkausstraße werden 8000 statt 1800 Fahrzeuge fahren

Beispiel Königsallee: Auch in den Querstraßen der Kö wird es mehr Verkehr geben. Die bisher ruhige Trinkausstraße (eine Einbahnstraße, auf der rund 1800 Fahrzeuge täglich unterwegs sind) soll in beide Richtungen befahrbar sein. Dann werden dort 8000 Fahrzeuge erwartet. In der Steinstraße wächst der Fahrzeugstrom von 12 000 auf 14 200 (je Richtung) – und auch in der Theodor-Körner-Straße wird es mehr Verkehr geben: Im Bereich Kö soll auch diese Einbahnstraße zweispurig befahrbar werden. Das bedeutet: Die Kö wird zwar an den Hofgarten angebunden – um den Preis, dass viel mehr Verkehr an anderen Stellen die Kö kreuzt.

Ebenfalls problematisch: Durch den Wegfall des Jan-Wellem-Platzes wird die Heinrich-Heine-Allee an der Hofgartenseite (nahe Oper) zum unattraktiven Busparkplatz. Vier Buslinien hätten dort ihre Endhaltestelle und Warteposition. Dabei hatte die Taxi-Genossenschaft gehofft, dort Stellplätze zu bekommen, um die Situation am Taxi-Stand auf der anderen Straßenseite zu entlasten. Über eine Alternative für die Taxis hat sich noch niemand Gedanken gemacht.

Auch die neue Wendeschleife der Straßenbahn stößt auf Kritik: Bislang am Jan-Wellem-Platz endende Züge sollen durch die Wohnquartiere von Stern-, Duisburger- und Nordstraße rumpeln, um die Kurve zu kriegen.

Fazit: Nachdem jahrelang nur diskutiert wurde, was das Groß-Projekt für die Habenseite bedeutet, gerät jetzt auch die Sollseite in den Blick. Und es wird deutlich: Noch längst ist nicht alles Gold, was am Kö-Bogen glänzt.

Der neue Film zum Kö-Bogen steht in geringer Auflösung im Internet (Stichwort Aktuelles):

www.duesseldorf.de

03.03.2007

Von René Schleucher

NRZ

"Wir bauen keine Luftschlösser!"

13.03.2008 / **Lokalausgabe**

FRANK PREUSS, zzt. Cannes

Das Interesse, den Jan-Wellem-Platz zu kaufen, ist groß. "Es gibt in der Immobilienbranche viele Menschen, die das Grundstück wollen", berichtete OB Joachim Erwin gestern am Rand der Mipim in Cannes, der weltgrößten Immobilienmesse. Zwar favorisiere er weiterhin die Trinkaus-Bank als Investor. Doch sollte der **Bürgerentscheid** am 13. April den Verkauf des Platzes für mindestens zwei Jahre verhindern, und die Bank nicht mehr interessiert sein, gebe es "sicher auch andere Möglichkeiten". Dass die Stadt selbst baut und verpachtet und damit einen möglichen Entscheid gegen sich aushebeln könnte, schloss er aus.

Erwin flog gestern nach einem 20-stündigen Aufenthalt an der 21 Grad warmen Cote d'Azur wieder nach Düsseldorf und hinterließ eine zwölköpfige Delegation aus Verwaltung und Politik in der strahlenden Sonne.

In seiner traditionellen Stadt-Präsentation für Geldgeber, Planer und Architekten im Palais du Congres an der Flaniermeile Croisette, fand er zu gewohnter Schärfe, als er über die Planungen zum Kö-Bogen und den **Bürgerentscheid** über den Verkauf des Jan-Wellem-Platzes sprach. "Es gibt eben Menschen, denen ist da eine Dreckecke lieber."

Herzensangelegenheit

oder Vorwahlkampf

Die komplette Verkehrsplanung inklusive Abriss des Tausendfüßlers sei von der Abstimmung in einem Monat ohnehin unberührt. Für manchen sei das Thema "durchaus eine Herzensangelegenheit, für andere ist das Vorwahlkampf".

Auch den Ruf nach internationalen Wettbewerben könne er nicht nachvollziehen: "Düsseldorf ist eine internationale Architektenstadt, wir haben Top-Qualität vor Ort." Für die SPD betonte Fraktionschef Günter Wurm wenig später, dass seine Partei nach einem gewonnenen **Bürgerentscheid** genau das fordern wird.

Im Messegelände direkt am Meer ist das kleine Düsseldorf umgeben von den wahnwitzig anmutenden Geldvernichtungsprojekten aus Glas und Beton in den Arabischen Emiraten oder Russland, von Dutzenden gemieteter Yachten, auf denen Herren in Armani und Damen in Chanel ihre Geschäftserfolge mit sprudelnden Getränken feiern. Selbst hat Erwin diesmal nichts Spektakuläres zu verkaufen. "Wir haben unwahrscheinlich viel bewegt in den letzten Jahren, wir bauen keine Luftschlösser, sondern verwirklichen das, was wir hier einmal vorgestellt haben." Bei den Wohlfühlfaktoren sei Düsseldorf "jetzt schon Nummer eins - wen wollen wir noch überholen?" Am Wissenschaftstandort müsse man sicher arbeiten. Ansonsten gelte es, das Niveau zu halten.

Amtshilfe für

die Kölner

Wurm ist das zu wenig. Ihm fehle die Perspektive - wohin wolle Düsseldorf denn? "Es ist gut, das wir jetzt mal Luft holen. Aber wir müssen nach vorne gucken, uns auch mit dem Umland zusammensetzen, sehen, wie wir voneinander profitieren können. Das sei "mit diesem Oberbürgermeister" nicht mehr möglich. "Da ist zu viel Erde verbrannt worden."

Dass Düsseldorf einfach besser und kompetenter ist, mussten indes die Kölner Aussteller in der Messehalle erfahren. In deren Stadtmodell entdeckte Düsseldorfs Planungsdezernent Gregor Bonin ein falschherum stehendes Haus und korrigierte den Fehler. Amtshilfe nennt man sowas. Kam, ließ Dampf ab und nahm dann wieder den nächsten Flieger nach Düsseldorf. (Sergej Lepke)

Initiative behauptet: OB sagt die Unwahrheit

11.03.2008 / **Lokalausgabe**

Einen Monat vor dem **Bürgerentscheid** über den Verkauf des Jan-Wellem-Platzes verschärft sich die Tonlage. Gisela Dapprich, Anwältin der Initiative, hat OB Joachim Erwin gestern vorgeworfen, die Unwahrheit zu sagen. "Es entspricht erwiesenermaßen nicht den Tatsachen, dass wir die Plakatierung nicht schon beantragt hätten", behauptet sie. Sie habe das am 28. Februar schriftlich getan.

Am nächsten Tag habe das Ordnungsamt ihr telefonisch mitgeteilt, dass diesmal im Vorfeld eine Besprechung wegen der Modalitäten im Wahlamt stattfinden solle. "Diese Besprechung gab es am vierten März mit dem Leiter des Wahlamtes, Herrn Golschinski, Herrn Hübner vom Wahlamt, den Herren Jende und Weegen vom Ordnungsamt, dem Vertretungsberechtigten des Begehrens, Jörg Forßmann, Herrn Freitag, Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks und mir."

Über eine Beschränkung der Anzahl der Plakate sei nicht gesprochen worden, auch nicht über eine zeitliche Begrenzung.

"Es ist ungeheuerlich, dass die Vertretungsberechtigten das aus der Presse erfahren müssen und die Stadtspitze

es noch nicht einmal für nötig erachtet die Vertretungsberechtigten und die Parteien zu informieren", kritisiert Dapprich. (fp)

"Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger . . ."
12.03.2008 / **Lokalausgabe**

"Diese Schmutzdecke muss endlich weg", hat der Oberbürgermeister getextet und "Fußgänger gehören ans Tageslicht und die Autos in den Tunnel." Und natürlich wird der Hofgarten größer - so ist es in in seiner Stimmempfehlung zum **Bürgerentscheid** am 13. April zu lesen, die nun per Infobrief in alle Düsseldorfer Briefkästen flattert. Auch die Fraktionen und Ratsgruppen haben sich darin verewigt. Ein Überblick.

Zunächst: Alle sprechen über das selbe Thema. Es hört sich nur anders an. Nehmen wir CDU und FDP , die den Bürgern ein klares "Nein" mit auf den Weg geben zu der Frage, ob der Jan-Wellem-Platz im Besitz der Stadt bleiben soll - und von einer "historischen Chance" sprechen.

Die Liberalen, gar nicht dumm, zerren den Rheinufertunnel ans Tageslicht. Motto: "Auch dieses Projekt war sehr umstritten." Und heute findet ihn doch jeder toll. Also? Sogar von "internationalen Wettbewerben" ist da die Rede, mit der man Architektur nach Düsseldorf hole, "an der Sie sich erfreuen können". Welchen Wettbewerb meint die FDP? Für die beiden umstrittenen Bauten gab's jedenfalls keinen.

Union spricht vom

Jahrhundertbauwerk

Die CDU spricht vorsichtshalber gleich mal vom "Jahrhundertbauwerk". Und beteuert, der Hofgarten werde nicht angetastet. Das hat sie beim Golzheimer Friedhof schon so formuliert, weil sie Bauten nur als antastend empfindet, wenn sie mitten im Grün stehen. Unmittelbar davor zählt nicht. Wer mit "Nein" stimme, verhindere, dass "der unansehnliche Jan-Wellem-Platz auf mehrere Jahre für eine Umgestaltung blockiert ist". Das stimmt, wenngleich der Zeitdruck für die Gestaltung der Oberfläche nicht erklärbar ist. Und warum die CDU immer von "neuen Arbeitsplätzen" spricht, wo's um alte geht, weiß auch keiner. Die Trinkaus-Bank will dort ihr Personal zusammenziehen.

Die Bürgerinitiative gegen den Verkauf beklagt den "endgültigen Verlust des Jan-Wellem-Platzes als öffentlich nutzbaren Raum". Da darf man die Frage stellen, ob denn derzeit Kinderfeste darauf stattfinden? Auch die Abtrennung des Shadowplatzes vom Hofgarten kritisiert sie. Nur: Ist der Shadowplatz heute nicht eher Fluchtpunkt, denn Aufenthaltsort? Die Kosten, da wird mancher Leser gewiss schlucken: ein 200 Millionen Euro teures Verkehrskonzept mit hässlichen Rampen. Aber will man über Geld sprechen, wenn's um einen so zentralen Punkt Düsseldorfer Stadtplanung geht? Treffer: Der Hofgarten wird an der Landskrone nicht zusammengeführt, weil die Straßenbahn weiter durchfährt. Da nickt auch der OB, aber CDU und FDP wollen den langen Tunnel bis zum Theatermuseum trotzdem.

Die SPD verlangt einen offenen städtebaulichen Wettbewerb für "beste Ideen". Wettbewerbe brocken denen, die sie veranstalten, auch gruselige Ideen ein. Aber die Forderung sitzt erstmal. Und wird von den Grüne n geteilt. Die bemängeln zudem, dass es kein schlüssiges Verkehrskonzept gebe. Kann sein. Bleibt der "weit überzogene" Bürokomplex, den die SPD verurteilt. Bürokomplex? Nanu, das Wort taucht im Beitrag des Oberbürgermeisters gar nicht auf. (fp)

Verkaufen oder nicht verkaufen-das ist hier die Frage. (Roth)

Stadt erlaubt Plakate

13.03.2008 / **Lokalausgabe**

Die Stadt, so gestern Sprecher Kai Schumacher, zeigt sich "großzügig" - und gibt der Bürgerinitiative "Der Jan-Wellem-Platz gehört uns allen" eine Woche mehr Zeit zum Aufstellen der Plakate: "Weil das ja Ehrenamtler sind." So dürfen jetzt die Ständer ab Samstag bis zum 16. April stehen.

Bedingungen

gestellt

1127 Plakate wurden der Bürgerinitiative genehmigt. Insgesamt kann auf 4600 Plakaten (u.a. von den Parteien) geworben werden. Bedingung der Stadt: Die Werbung für oder gegen den **Kö-Bogen** darf nicht aufgehängt,

sondern muss auf Ständer gepappt werden. Die dürfen dann an Bäumen oder Masten befestigt werden.

Anwältin Gisela Dapprich, die die Initiative vertritt, begrüßte es, dass am Wochenende endlich plakatiert werden kann. "Allerdings muss sich jeder denkende Bürger dieser Stadt die Frage stellen, warum die Stadtspitze sich mit einer derartigen Erlaubnis zwei Wochen Zeit nimmt, obwohl mit dem Ordnungsamt bereits alle Fragen abgeklärt waren."

Eigentlich wollte die Initiative gegen den Verkauf des Jan-Wellem-Platzes für fast sechs Wochen ihre Ständer aufstellen. Dies aber lehnte das Ordnungsamt ab. Es hält vier Wochen für "ausreichend und angemessen."

Begründung: Anders als bei Wahlen, in denen sich Parteien für die gesamte kommende Legislaturperiode "bekannt machen müssen", gehe es hier "um die Entscheidung eines einzelnen Sachverhaltes mit einer Fragestellung, die lediglich mit Ja oder Nein zu beantworten ist." (aly/M.M.)